

Fadegrad

Wachstum ohne Grenzen



VON
ROLAND SCHECK

Was tut eine Geschäftsleitung, wenn der interne Aufwand aus dem Ruder läuft? Sie identifiziert die grössten Kostentreiber und ergreift korrektive Massnahmen. In Dienstleistungsbetrieben ist der Personalaufwand in der Regel Hauptkostentreiber.

Die Stadtverwaltung hat dasselbe Problem. Sie wächst und wächst. Und deshalb tat der Stadtrat am 28. April 2004 das einzig Richtige und beschloss eine Stellenplafonierung. So viel unternehmerischen Verstands würde man einer rot-grünen Regierung eigentlich gar nicht zutrauen. Doch leider blieb es beim Lippenbekenntnis, denn umgesetzt wurde der Beschluss nie.

Das wiederum passt schon eher zu Rot-Grün.

Nach der beschlossenen Stellenplafonierung wuchs die Stadtverwaltung ungebremst weiter. In den Jahren 2003–2009 wurden sage und schreibe 1696 neue Stellenwerte geschaffen. Dies entspricht einer Zunahme von 9,6 Prozent. In der gleichen Periode stiegen die Nettopersonalkosten gar um 23,2 Prozent von 1,924 Mrd. auf 2,371 Mrd. Franken. Während eine derartige Wachstumsquote bei einem erfolgreichen Startup-Unternehmen kaum überraschen würde, müssten bei der öffentlichen Hand hingegen alle Alarmglocken läuten. Denn auf Dauer lässt sich ein dermassen aufgeblähter Verwaltungsapparat nicht finanzieren.

Als einen der Gründe für das stete Personalwachstum nennt der Stadtrat die anhaltende Zunahme der Zürcher Wohnbevölkerung, was aber nicht zutreffend ist, denn in den Jahren 2003–2009 nahm die Stadtbevölkerung lediglich um 5,7 Prozent zu. In Tat und Wahrheit wächst die Stadtverwaltung also um einen Faktor 1,7 schneller als die Wohnbevölkerung. Zu seiner Verteidigung führt der Stadtrat ausserdem an, dass die Stadt auch zusätzliche Aufgaben übernommen hätte. Allerdings verschweigt er, dass er sich diese neuen Aufgaben meist selber gegeben hat und das in vollem Wissen um die entsprechenden Auswirkungen auf der Personalseite.

«Nach mir die Sintflut» ist das Motto des rot-grünen Stadtrats. Die Damen und Herren Stadträte scheinen nicht zu verstehen, dass sie mit fremdem Geld operieren. Es ist das Geld der Steuerzahler. Menschen, die für dieses Geld hart arbeiten müssen und sich nicht in einem Wohlfühlumfeld eines unbegrenzten Stellenwachstums bewegen können. Sondern diese Steuerzahler kämpfen jeden Tag einen Kampf und müssen bei gleichbleibenden oder gar weniger Ressourcen mehr Leistung erbringen. Davon ausgenommen sind natürlich die Angestellten der Stadtverwaltung. Und der Stadtrat sowieso. Dieser ist mit seinen neun Mitgliedern ja auch fast 30 Prozent grösser als die Landesregierung.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Links-Alternative im Machtausch

Natürlich wurde zu Beginn der Ratsitzung die Zürcher Chaosnacht vom 2./3. Juni kontrovers kommentiert. Weit über 1000 Personen hatten am letzten Wochenende gegen die absehbare Räumung und den Abriss des von ihnen besetzten Binz-Areals demonstriert. Die Demo schlug bald in Gewalt um. Fensterscheiben gingen in Brüche. Container und Autos wurden angezündet. Geschäfte geplündert. Häuserfassaden verschmiert. Der finanzielle Schaden ist immens. Verhaftet wurde wie immer niemand!



DANIEL REGLI
GEMEINDERAT SVP
SVP ZÜRICH 11

Immerhin nennt der grüne Polizeivorstand Daniel Leupi die Ausschreitungen schon mal «kriminell». Doch kann er sich damit aus der Affäre ziehen? Entledigt sich der Stadtrat durch die Verwendung dieses Begriffs seiner Mitschuld? Nein! Natürlich nicht. Es ist ja gerade eine Eigenheit der Zürcher Regierung, rechtsfreie Räume zu erlauben. Erinnert sei hier an das AJZ, an den Platzspr(itz) und an das Wohlgröth. Erinnert sei auch an den tätlichen Angriff auf Nationalrat Hans Fehr vor der Albisgütli-Tagung 2011. Auch dort sind die Täter offenbar aus der autonomen Hausbesetzerszene gekommen.

«Autonom» – nur schon das Wort sollte genügen, um den Kern der Bewegung zu erkennen. Die linken Chaoten haben den Anspruch, sich selbst (autos) Gesetz (nomos) zu sein. Seit Jahren versuchen die bürgerlichen Parteien vergeblich, der Hausbesetzerszene den Boden zu entziehen. Stadtrat und Parlamentsmehrheit haben sich bisher stets geweigert, den «kreativen und gesellschaftlich interessanten Besetzungen» den Garau zu machen. Auch in der Ratsitzung vom

6. März ertönte die Litanei des Polizeivorstands: «Wenn wir die besetzten Liegenschaft räumen, sind am nächsten Tag schon wieder neue Besetzer da.» Warum die Polizei am Folgetag nicht erneut räumen kann, ist nicht einsichtig. Auch nicht, warum keine Verhaftungen vorgenommen und keine Strafverfahren eingeleitet werden. Es gibt nur eine Erklärung: der Stadtrat nimmt linksautonome Gewalt in Kauf. Mehr noch.

Durch das Larifari ermöglicht die Stadtregierung der Anarchoszene das Kultivieren von Gewalt. Der Stadtrat ist somit klar mitschuldig an einer solchen Chaosnacht.

Dass keine Verhaftungen vorgenommen werden, schlägt dem Fass den Boden aus. «Deeskalation» heisst das Zauberwort der Polizeiführung. Man will die Gegner nicht zu hart angreifen, um Schlimmeres zu vermeiden. Aha!? Und wie weit dürfen die linken Gewalttäter noch gehen, bevor ein Polizist sich wagt, seines Amtes zu walten?

Die Zeichen stehen längst auf Sturm. Der Stadtratskandidat der Alternativen Liste (AL), Richard Wolff, findet es nicht nötig, sich klar von der Gewalt zu distanzieren. Nach dem Überraschungsergebnis des 1. Wahlgangs wittert die Linke Morgenluft. Gewinnt Wolff den 2. Wahlgang, hat

Rot-Grün-Alternativ sieben der neun Stadtratsitze. Da der Neue ja oft die Polizei übernehmen muss, zeichnet sich Fatales ab: ein Autonomer soll dann für Recht und Ordnung sorgen in Zürich! Leider gibt es noch andere Zeichen, dass die rot-grüne Wählerschaft gänzlich dem Machtausch verfallen könnte.

Die hohen Damen und Herren wollen nicht nur in Zürich absolut nach ihrem Gusto regieren. Auch die Schweiz soll von den städtischen Eliten dominiert und zu sozialistischem Glück geführt werden. So wollen linke Vordenker das Ständemehr abschaffen. Es hat sie zuletzt in ihrem Stolz gekränkt, dass die «Hinterwälder» in den Landkantonen

den Familienartikel zu Fall gebracht haben. Nun wüten sie gegen den Föderalismus und sammeln Kräfte, um eine weitere Grundsäule der Schweizer Identität zum Einsturz zu bringen.

Wie lange wollen wir da zusehen? Der Hochmut ist den städtischen Eliten schon öfters mal zu Kopfe gestiegen. Bisher ist es gelungen, sie republikanisch zu massregeln. Hin und wieder mussten die «unschweizerischen Zürcher und Berner» auch mit eidgenössischer Waffengewalt diszipliniert werden.

Welche Mittel und Wege müssen wir heute finden, um 68er und Autonome am weiteren Missbrauch der Macht zu hindern?

AUSGANG DER STADTRATSWAHLEN IN DER STADT ZÜRICH

Aussagefreier Wahlkampf der beiden Kandidaten von FDP und GLP

Die SVP der Stadt Zürich zeigt sich vom Resultat des FDP-Stadtratskandidaten enttäuscht.

Der Ausgang der Stadtratswahlen widerspiegelt aber in klarer Weise den Wahlkampf beziehungsweise den eigentlichen Verzicht auf klare politische Positionen, mit Ausnahme des Vertreters der Nachfolgepartei der kommunistischen POCH, AL-Vertreter Wolff, der gar die SP links überholen möchte.

Die von Marco Camin gegenüber der Wahlkommission der SVP am 6. November 2012 gemachten Aussa-

gen konnten wir leider in kaum einem der bis zum Wahltag erschienenen Interviews des FDP-Stadtratskandidaten wiederfinden.

Ein klarer bürgerlicher Positionsbezug zu Gunsten von Gewerbe, Industrie und dem Zürcher Mittelstand fehlte gänzlich.

Die SVP der Stadt Zürich wird das Wahlergebnis analysieren und zu gegebenem Zeitpunkt ihre Empfehlung für den 2. Wahlgang bekanntgeben.

POLITIK MIT GRADLINIGKEIT UND HERZ

Phänomen der SVP-Wallis – wie ein Beispiel Schule macht

Der geradezu phänomenale Erfolg der SVP Wallis kommt keineswegs überraschend: wenn so mit Herz politisiert wird, die Ideale im Vordergrund stehen und nicht das Karrieredenken, das die politischen Ideale zum Zweck des eigenen Aufstieges degradiert, dann wird das Engagement so glaubwürdig, dass sich der Erfolg auf der ganzen Breite einstellen muss.



B. IM OBERDORF
GEMEINDERAT SVP
ZÜRICH 12

Wir hatten es in dieser Zeitung schon früher prognostiziert, dass die SVP Wallis einen grossen Erfolg haben wird. Wir haben selber an verschiedenen Versammlungen schon erlebt, was für ein natürlicher Geist hier herrscht: ein Engagement mit Herzblut für die Sache, eine kollegiale Atmosphäre, eine bewundernswerte Begeisterungsfähigkeit und kein kalter Karrierismus: da sind die Ideale noch die eigentlichen Ziele und nicht bloss Mittel zum Zweck der eigenen Polit-Laufbahn. Das sind Versammlungen, die nicht nur einen in Zürich aufgewachsenen Walliser beeindruckten, sondern schlechthin alle begeistern müssten.

Bewundernswertes Durchmarsch mit Herz ...

So kam es zum Erfolg: Im Grossrat, also dem Kantonsrat, gelang es der SVP-Fraktion, ihre Sitzzahl – von einem respektablen Niveau aus wohlgeachtet – beinahe zu verdoppeln. Das ist hier solide Substanz und kein Strohfeder wie bei gewissen trendigen Parteien, die von sich behaupten, liberal zu sein, in der Praxis sich dann aber bloss als giftgrün erweisen. Hinter dem guten Geist steht aber auch eine kluge Taktik: so trat die Walliser SVP bei den Nationalratswahlen mit mehr als nur einer Einheitsliste an, um so

mit dem breiteren Fächer mehr Wähler abholen zu können; auch hier fehlte nicht viel zur Verdoppelung der Deputation in Bern.

Als Phänomen erwies sich auch die Kandidatur für den Staatsrat, also für den Regierungsrat, von Nationalrat Oskar Freysinger, den die Gegner gross unterschätzt hatten und der dann alle Kandidaten, einschliesslich aller wieder antretenden Staatsräte, mit seinem Spitzenresultat in den Schatten stellte.

Auch das kam nicht überraschend, denn wer diesen Oskar erlebt, wie er begeisternd der Sache zuliebe zur Wahl antritt, ohne aber auf den Erfolg versessen zu sein – «wenn ich nicht gewählt werde, schreibe ich eben mein drittes Buch» – erfährt, was es heisst, echt zu politisieren. Perfekt zweisprachig – im akzentfreien Französisch wie im originalen Walliser-Deutsch – so versteht er seine Wähler zu überzeugen.

... und Geist des authentischen Charakters

Gradlinig steht dieser Politiker zu seinen Werten, auch dann, wenn sie nicht unumstritten sind.

Da passt er sich auch nicht stromlinienförmig vorgegebenen Meinungen an, um sich so an den Erfolg zu bindern, sondern er zeigt mit seinem vielfältigen Geist auch Kanten: und Kanten der Authentizität sind dann eben Profil – echtes Profil, wie es in der Politlandschaft der Karrieristen selten geworden ist.

FÜR EINE FAIRE VERKEHRSFINANZIERUNG

Überparteiliches Komitee lanciert Milchkuh-Initiative

Auf Anstoss der Vereinigung der Schweizer Automobil- und Nutzfahrzeug-Importeure, auto-schweiz, wurde am 5. März die eidgenössische Volksinitiative «Für eine faire Verkehrsfinanzierung» lanciert. Ein breit abgestütztes überparteiliches Komitee kämpft gegen die behördlichen Raubzüge auf die Portemonnaies der Strassenbenützer. Die «Milchkuh-Initiative» soll dafür sorgen, dass die Abgaben der Strassenbenützer auch wirklich der Strasse zugutekommen.

Hauptanliegen der «Milchkuh-Initiative» ist die konsequente Einhaltung des Verursacherprinzips: Steuern, Gebühren und Abgaben der Autofahrer sollen künftig vollumfänglich der Strasse zugutekommen.

Dazu bedarf es einer Änderung des Artikels 86 der Bundesverfassung, welcher unter anderem die Verbrauchssteuer auf Treibstoffen regelt. Bisher floss jährlich die Hälfte der Einnahmen aus der Mineralöl-Grundsteuer in die allgemeine Bundeskasse. Neu soll der gesamte Reinertrag aus dieser Steuer in den Strassenverkehr investiert werden.

Ein zweites Begehren der «Milchkuh-Initiative» zielt auf die Stärkung der demokratischen Mitwirkungsrechte ab: Die Einführung oder Erhöhung von Steuern, Abgaben oder Gebühren im Bereich des Strassenverkehrs soll dem fakultativen Referendum gemäss Art. 141 BV unterstehen.

«Mit der Milchkuh-Initiative sagen wir der Zweckentfremdung von Geldern, die durch den Strassenverkehr generiert werden, den Kampf an. Es darf

nicht sein, dass die Strassenbenützer immer mehr Steuern, Gebühren und Abgaben bezahlen – und trotzdem im Stau stehen», umschreibt Max Nötzli (Präsident auto-schweiz) den Leitgedanken der «Milchkuh-Initiative». Er ergänzt: «Bundesrat, Kantonsregierungen und Parlamentarier klagen über fehlende Geldmittel zum Bau und Unterhalt von Strassen – dies, obwohl die von den Automobilisten stammenden Gelder ausreichend wären für ein funktionsfähiges und gut ausgebautes Strassennetz.»



Weitere Informationen und Unterschriftenbogen unter www.milchkuh-initiative.ch